

# DIE EUROPÄISCHE KRISENPOLITIK

## UNVERMEIDLICHER ABSCHIED VON DEMOKRATIE UND SOZIALSTAAT?

**Auf die gegenwärtige wirtschaftliche Krise haben die politischen Institutionen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten mit einer rigiden, vor allem die sozial Schwachen belastenden Austeritätspolitik reagiert, die Sozialstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie gefährdet. Sie ist nicht ohne historisches Vorbild. Der geschichtliche Rückblick zeigt aber auch Alternativen auf.**

In der gegenwärtigen Krise, der vermeintlichen Krise von Staatsverschuldung und gemeinsamer europäischer Währung, zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit die Zerbrechlichkeit der Demokratie im Europa der Europäischen Union (EU). Zwar droht keine Diktatur, und die halbdemokratischen Strukturen, die im Entstehen begriffen sind, tragen nicht das hässliche Gesicht einer faschistoiden Ideologie, wengleich offener Rassismus sich ausbreitet. Die Gefahren aber, die von der gegenwärtigen Entwicklung ausgehen, sind weder geringfügig, noch sind sie neu.

### Europas Weg in den Neoliberalismus

Was geschieht, ist partiell mit den Ereignissen im Europa der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts zu vergleichen. Vor allem offenbaren sich zur Zeit die Folgen einer Entwicklung, die in den 70er Jahren begann und die seit den 90er Jahren unaufhaltsam eine Ökonomisierung der politischen Sphäre beförderte. Solange nur die Sozialstaatlichkeit zerstört wurde, blieb eine Koexistenz von Kapitalismus und einem gewissen, wengleich unzureichenden Maß an Demokratie möglich. Nun wendet sich die neoliberale Ideologie gegen die parlamentarische Demokratie selbst.

Historisch ist die frucht- und furchtbare Koexistenz von Diktatur und neoliberalen Kapitalismus kein Neuland. Die chilenische Militärdiktatur war das Versuchsfeld der neoliberalen Ideologen der 70er Jahre.<sup>1</sup> In Peru wurde, zunächst unter einer diktatorischen Regierung, zur gleichen Zeit eine neoliberale Agenda auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) durchgesetzt.<sup>2</sup> Diese neoliberale Politik zwang der IWF auch anderen Staaten in Südamerika und Afrika auf, beispielsweise Nigeria, Somalia und Mosambik. Sie erstickte jegliche Sozialstaatlichkeit im Keim und führte nicht nur zu wirtschaftlichem Kollaps, Hunger und Massenverelendung,<sup>3</sup> sondern nahm auch den staatlichen Organen dieser Länder, so sie jemals demokratisch waren, den politischen Spielraum, der die Bezeichnung „demokratisch“ gerechtfertigt erscheinen lässt. Staaten wie Nicaragua und Chile, die einen anderen Weg wählten oder wählen wollten, gerieten unter politischen Druck bis hin zur militärischen Intervention.<sup>4</sup>

Politischer Druck von außen ist auch in Bezug auf europäische Staaten nicht unbekannt. Schon der britische Winter of Discontent 1978/79 wurde durch wirtschaftspolitische Auflagen des IWF und dadurch bedingte Kürzungen der Sozialausgaben ausgelöst.<sup>5</sup> Es kam zu landesweiten Streiks und Protesten gegen die Labour-Regierung. Ihr folgte die neoliberale Regierung Thatchers, die den Kampf gegen die Gewerkschaften ins Zentrum ihres Wahlprogramms gestellt hatte. Auch die Situation im Vereinigten Königreich stand im Kontext einer ökonomischen Krise des Kapitalismus.<sup>6</sup> Neu also ist das, was gegenwärtig in Europa geschieht, nicht. Neu ist lediglich, dass das neoliberale Diktat derart offen von europäischen Staaten untereinander durchgesetzt wird. Dies geschieht auch, aber nicht nur mittels IWF. Die wirtschaftlich stärkeren Staaten suchen die politische Kontrolle über die wirtschaftlich schwächeren zu übernehmen, und in allen Staaten wird neoliberale Politik zementiert – auch in Rechtsform, wie der Fiskalpakt zeigt. Werden die darin vereinbarten, verfassungsrechtlich zu verankernden Schuldenobergrenzen überschritten, müssen Staatshaushalte und Vorschläge zur Schuldenbegrenzung von EU-Kommission und Europäischem Rat genehmigt werden. Nicht zuletzt durch die Kontrollrechte im Fiskalpakt entwickelt sich die EU zu einer quasistaatlichen autoritären Organisation.

Welche katastrophalen Folgen die von EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF zur Zeit in vielen Ländern Europas betriebene Politik für die Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung nach sich zieht, ist bekannt. Die Rechnung bezahlt aber auch die parlamentarische Demokratie, selbst in den Zentren. Erinnert sei nur an die Forderung des italienischen Ministerpräsidenten Monti, die Regierungen sollten die Parlamente erziehen.<sup>7</sup> Sie verdeutlicht das Demokratieverständnis der ökonomisch-politischen Elite Europas. Die sogenannten Rettungsschirme und der Fiskalpakt haben gezeigt, dass selbst fest etablierte Mechanismen der repräsentativen Demokratie in Frage gestellt werden. Es ist exemplarisch, dass Italien und Griechenland von Quasi-Abgesandten der Europäischen Union regiert wurden und dass die sozialdemokratischen Regierungen in Spanien und Portugal – obwohl keine ausgewiesenen Gegnerinnen des Neoliberalismus – zurücktreten mussten.

### Der Estado Novo als historischer Vergleichspunkt

Portugal liefert auch den Bezugspunkt, um zu verdeutlichen, wie gefährlich jene politischen Entwicklungen sind. Von den 20er Jahren bis 1974 wurde Portugal in Form des autoritären Estado Novo regiert, welcher unter Beteiligung Antonio de Oliveira Salazars begründet worden war. Doch wer war Salazar, der eine Militärdiktatur vorfand, aber sodann als Finanzminister und Ministerpräsident Portugal fast 40 Jahre lang kontrollierte? Es lohnt, sich in Erinnerung zu rufen, dass Salazar nicht primär Faschist war, sondern ein radikaler Ökonom, der sich die absolute Kontrolle über die staatlichen Finanzen – und später über den ganzen Staat – zusichern ließ, um sodann ein brutales



Foto: SpaceShoe / CC-Lizenz: by

Sparprogramm durchzusetzen. Hinter ihm standen die Interessen von Industrie und Großbanken. Salazar hielt sich und seine Finanzpolitik für alternativlos, und er konnte dies erfolgreich dem portugiesischen Militär und großen Teilen der Bevölkerung vermitteln.<sup>8</sup> Das war der Beginn der Herrschaft Salazars. Er wirkt in einigen Aspekten seltsam vertraut.

An der Politisierung der Gesellschaft, trotz faschistoider Züge des Regimes, war Salazar nicht gelegen. Er ließ Oppositionsparteien zeitweise verbieten. Für eigene Zwecke nutzte er die formal nicht parteiförmige Nationale Union, die aber nicht die Bedeutung einer faschistischen Einheitspartei erlangte. Massenveranstaltungen waren selten.<sup>9</sup> Mit der Förderung religiöser Frömmigkeit und mit Entertainment wurde die Bevölkerung ruhig gestellt, um offenen Widerstand zu vermeiden. Duldsamkeit wurde als Wesensmerkmal der portugiesischen Bevölkerung propagiert, während zugleich aufgrund der rigiden Sparpolitik extreme Armut, Kinderarbeit und Analphabetismus sich ausbreiteten, was zugleich bessere Kontrolle durch die Regierung ermöglichte.<sup>10</sup> Gegenwärtig ist nach einigen Erfolgen seit Ende der Diktatur erneut ein Anstieg der Kinderarbeit in Portugal zu beobachten.<sup>11</sup>

#### Unterschiede zur gegenwärtigen Krisenpolitik

Der historische Vergleich ist nicht anachronistisch: Salazars Politik ging dem Neoliberalismus zwar zeitlich voraus, strukturell aber gibt es Gemeinsamkeiten. Neoliberale Wirtschaftspolitik kommt nicht ohne das Erbe ihrer Vorläuferinnen aus. Zudem bewirkten die Diktaturen Salazars und Pinochets eine effektive Umverteilung von unten nach oben, wie sie nicht nur billigend in Kauf genommener Effekt, sondern

das Ziel neoliberaler Politik ist.<sup>12</sup> Natürlich gibt es jedoch Unterschiede zwischen einem Salazar und einem freundlich lächelnden Papademos, zwischen Pinochets Chile und Montis Italien.

Ein Unterschied ist, dass die parlamentarischen Institutionen in Griechenland und Italien weniger überformt wurden als im Estado Novo. Gewerkschaften und linke Parteien wurden in Griechenland und Italien nicht verboten. Von Demokratie ist die gegenwärtige Situation allerdings ebenfalls weit entfernt. Es herrschte großer Schrecken, als ein griechischer Volksentscheid über die vermeintliche Rettung auch nur angekündigt wurde. Im Gegensatz zur portugiesischen Bevölkerung des Estado Novo hat die griechische Bevölkerung noch nicht zu dulden gelernt. Aber weder die griechische Regierung, noch die selbstlosen Geberländer werden müßig, es das Dulden zu lehren. Denn das Rettungsprogramm ist bekanntlich „alternativlos“, so wie neoliberale Politik generell als „alternativlos“ propagiert wird – eine Abwandlung von Thatchers „no alternative“.<sup>13</sup>

Ein weiterer Unterschied ist, dass bisher noch keine DemonstrantInnen auf dem

Syntagma-Platz erschossen wurden. Auch kam es nicht zur Verhaftung zentraler Figuren der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, und niemand wurde allein aufgrund oppositioneller Tätigkeit inhaftiert. Zwar sollten die G8-Gipfel von Genua und

<sup>1</sup> Harvey 2005, 7 ff.; Stapelfeldt 2010, 371.

<sup>2</sup> Stapelfeldt 2010, 364 ff.

<sup>3</sup> Ebenda, 365 ff.; Harvey 2005, 75, 101, 104 f., 154 f.

<sup>4</sup> Harvey 2005, 40; Stapelfeldt 2010, 362 f.

<sup>5</sup> Eric Shaw, Tony Benn, in: Kevin Jefferys (Hrsg.), Labour Forces. From Ernest Bevin to Gordon Brown, 2002, 199 (206 f.); Andrew Marr, A History of Modern Britain, 2007, 368; Harvey 2005, 58.

<sup>6</sup> Harvey 2005, 22 f., 39, 57 ff.

<sup>7</sup> Bastian Brinkmann, <http://www.sueddeutsche.de/politik/montis-parlaments-kritik-die-getriebene-demokratie-1.1433121> (Stand aller Links: 10.3.2013).

<sup>8</sup> David Birmingham, A Concise History of Portugal, 1993, 158, 160; António Henrique Rodrigo de Oliveira Marques, Geschichte Portugals und des portugiesischen Weltreichs, 2001, 554 ff., 557 f., 561, 589, 597.

<sup>9</sup> António Henrique Rodrigo de Oliveira Marques (Fn. 8), 558 f., 562 f.; Ernst Gerhard Jacob, Grundzüge der Geschichte Portugals und seiner Übersee-Provinzen, 1969, 165, 170; David Birmingham (Fn. 8), 158 f.

<sup>10</sup> David Birmingham (Fn. 8), 160 ff.

<sup>11</sup> Jochen Faget, Viele portugiesische Kinder müssen arbeiten, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/1804083/>.

<sup>12</sup> Harvey 2005, 16 f., 19 f.

<sup>13</sup> Harvey 2005, 58.

Heiligendamm in Erinnerung rufen, dass auch solche Zustände in Europa nicht kategorisch ausgeschlossen werden können. Dennoch: Noch ist die Situation in Europa weit von Salazars Portugal und Pinochets Chile entfernt.

#### In wessen Interesse handelt die Europäische Union?

Aber die beiden Herren, der freundliche Papademos und der seriöse Monti, hatten ohnehin keine diktatorischen Ambitionen. Sie und andere PolitikerInnen sind in erster Linie SachwalterInnen der Interessen Dritter, etwa der amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs, für die Monti und EZB-Chef Draghi gearbeitet haben und zu der auch der frühere EZB-Vize Papademos engere Kontakte gehabt haben dürfte.<sup>14</sup> Sie vertreten die Interessen der großen Unternehmen, der Banken und der Institutionen, die neoliberale Politik seit Jahrzehnten durchsetzen: EU, EZB und IWF; bekannt als Troika. Diese Politik wird von den Interessen der sozio-ökonomischen Elite in Europa bestimmt, vermittelt durch die Institutionen der wirtschaftsstarke EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands. Allerdings trägt nicht nur diese kleine Elite das kapitalistische System, und die Krise ist keine Folge moralischen Fehlverhaltens Einzelner, wie es eine verkürzte Kapitalismuskritik suggerieren will.

Zur demokratischen Disposition gestellt ist die Krisenpolitik aber nicht. Sie muss, wie es Monti den neoliberalen PolitikerInnen vergangener Jahre nachplappert, der Bevölkerung „erklärt“ werden. Die Bevölkerung der von der Krisenpolitik betroffenen Länder, die mit Demonstrationen, Streiks und auch mittels ihrer Stimmabgabe (bei der griechischen Parlamentswahl) ihren Widerstand zum Ausdruck brachte und bringt, sieht sich ständigen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Würde sie eine deutlichere, langfristige Verweigerungshaltung einnehmen, so wäre nicht abzusehen, bis zu welchem Maß sich die Repression steigern würde. Gegenwärtig aber zeigt der Widerstand in Italien, Griechenland, Spanien und Portugal wenig Wirkung.

#### Sozial gerechtere Austeritätspolitik?

Ist die Lage somit aussichts- und alternativlos? Eine antikapitalistische Antwort kann nur dezidiert „nein“ lauten. Doch gerade weil neoliberale Politik als alternativlos bezeichnet wird, gilt es auch kapitalismusimmanente, kurzfristig umsetzbare Alternativen aufzuzeigen und dadurch die eigentlichen Ziele der Austeritätspolitik offenzulegen.

Weder ist – auch kapitalismusimmanent – Austeritätspolitik prinzipiell ohne Alternative. Noch muss sie sich, so paradox dies klingt, derart schädlich auswirken. Wie schädlich sie ist, hängt in erster Linie von der Umverteilung des Wohlstandes ab. Zum einen bestimmt die Umverteilungsfrage über den Umgang mit Schulden, nämlich ob die Abhängigkeit von privaten GläubigerInnen durch das Bedienen der Kredite – und gegebenenfalls die Schuldentrückzahlung – aus Steuermitteln perpetuiert werden soll oder ob ein Schulden-

schnitt die Schuldentrückzahlung an die GläubigerInnen begrenzen soll. Zum anderen stehen hinter den GläubigerInnen die Interessen einer globalen sozio-ökonomischen Elite, die über Jahrzehnte kaum zur Finanzierung staatlicher Ausgaben belastet wurde. Im Gegenteil: Liberalkonservative Regierungen finanzierten mit Staatsschulden Steuererleichterungen für Besserverdienende und Unternehmen. Im irrationalen Glauben an ein stetiges Wirtschaftswachstum ist auch die Sozialstaatlichkeit, insbesondere in Europa, über Steuermehreinnahmen oder Schulden finanziert worden. Sozialdemokratische Regierungen scheuten sich, die Umverteilungsfrage aufzuwerfen, und

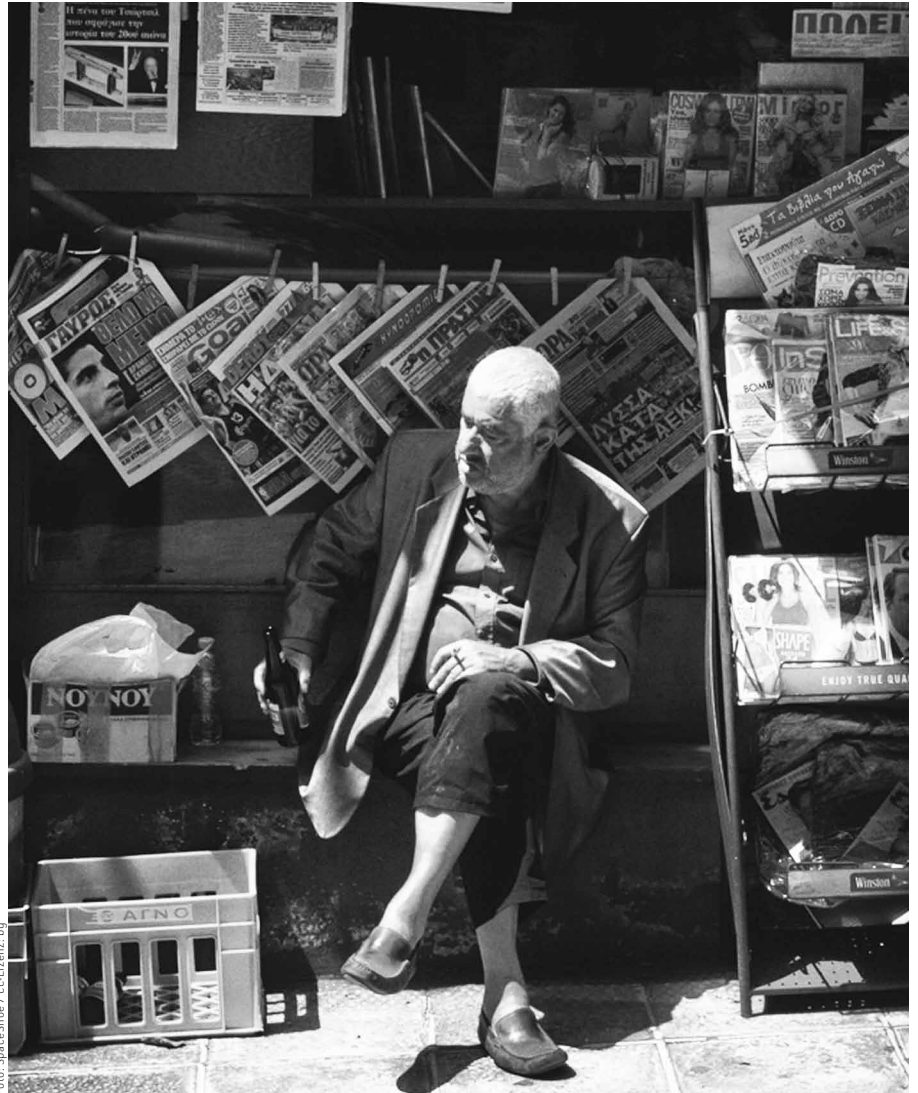


Foto: SpaceShoe / CC.Lizenz: by

wählten die Staatsverschuldung als bequemen Ausweg.<sup>15</sup> Die Umverteilungsfrage wurde entschärft, indem sie in die Zukunft verschoben wurde. Diese Zukunft ist jetzt, und die Umverteilungsfrage wird entschieden – zugunsten der Wohlhabenden, und zwar mittels einer (scheinbar) auf Schuldentrückzahlung gerichteten Politik.

Zu dieser Politik gibt es, auch unter Beibehaltung der Grundstrukturen des Wirtschaftssystems, Alternativen. Die erste Alternative besteht in einem vollständigen, differenzierten Schuldenschnitt, der sich am Beispiel Islands orientieren und kleine Sparvermögen mit staatlichen Garantien auffangen kann. Mittels einer solchen, ernsthaften und vor allem sofortigen Gläubigerbeteiligung müssten diejenigen die finanziellen Lasten der Krise mittragen, die von ihren unmittelbaren Auslösern profitiert haben. Zugleich würden die sozial Schwachen

chen entlastet, sofern auf „Sparmaßnahmen“ verzichtet wird. Obwohl Ähnliches auch von linkskeynesianischer Seite gefordert wird, finden sich noch immer politische Mehrheiten für die Austeritätspolitik. Von Alternativlosigkeit kann indes keine Rede sein, denn selbst eine Politik der Schuldentrückzahlung ist nicht zwangsläufig eine Politik zulasten der sozial Schwachen. Austeritätspolitik mit sozialem Ausgleich ist die zweite Alternative.

#### Die Austeritätspolitik Richard Stafford Cripps'

„Realitätsfremd, wirtschaftsfeindlich, impraktikabel“ werden die neoliberalen SchuldenverwalterInnen widersprechen. Dabei ist es nicht utopisch, Austeritätspolitik mit sozialer Umverteilung und Wohlstandssteigerung zu verbinden. Das historische Vorbild liefert die Politik von Richard Stafford Cripps, Wirtschafts- und danach Finanzminister der Labour-Regierung Attlee in den 40er Jahren im Vereinigten Königreich. Die Ausgangslage wies Parallelen zu der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus auf. Die Importe überwogen die Exporte, die Staatsschulden waren – auch kriegsbedingt – hoch. Cripps war der Auffassung, dass die (Auslands-)Schuldenlast des Vereinigten Königreichs, sollte sie abgetragen werden, nur durch Sparmaßnahmen zu bewältigen war. In einigen Aspekten machte Cripps typische Austeritätspolitik; er erhöhte etwa die direkten und indirekten Steuern.

Zugleich aber war es sein Anliegen, den Wohlstand der Bevölkerung zu mehren und für sozialen Ausgleich zu sorgen. Der Rückhalt in der Bevölkerung war für ihn essenziell, doch ebenso essenziell war ihm, dass seine Politik zum Wohlergehen der sozial Schwächeren beitrug. Die Sozialstaatlichkeit ließ Cripps unangetastet, und zwar unter Steigerung der Sozialausgaben.<sup>16</sup> Die Spirale zwischen Lohn- und Preissteigerungen suchte er zu unterbrechen, um Inflation zu vermeiden und die Realeinkommen langfristig steigern zu können<sup>17</sup> – neben dem Sozialstaat ein wesentliches Merkmal des Fordismus, das auch in der Krise nur temporär aufgegeben wurde. Menschen aller gesellschaftlichen Schichten sollten, so Cripps, „ihre persönlichen Wünsche und Begehren im Einklang mit den Interessen ihres Landes mäßigen“,<sup>18</sup> womit auch Zurückhaltung bei Tarifverhandlungen gemeint war, bis die Produktivität gesteigert werden konnte.<sup>19</sup> Um aber die Last dieser Politik wesentlich dem reicheren und nicht dem ärmeren Teil der Bevölkerung aufzuerlegen, ergriff er Ausgleichsmaßnahmen: Er reglementierte Preise und rationierte den Zugang zu einer Vielzahl von Rohstoffen, Zwischenprodukten und Konsumgütern, wobei die Rationen nicht einkommensabhängig bemessen wurden. Grundnahrungsmittel wurden subventioniert.<sup>20</sup> Der Konsum der reicheren Einkommensgruppen sollte eingedämmt werden. Die dadurch bewirkte Drosselung der Binnennachfrage sowie das Verhindern der Zweckentfremdung von für die Produktion wichtigen Gütern sollten Importe vermindern und Exporte erhöhen.

Dass die ökonomische Situation eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie bedeutete, war Cripps bewusst. Er war jedoch nicht gewillt, die von ihm befürworteten Maßnahmen gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit durchzusetzen.<sup>21</sup>

#### Cripps' Politik als Vorbild für die Gegenwart?

Zu Recht war Cripps' Politik schon damals linker Kritik ausgesetzt. So wurde der Vorwurf erhoben, nicht einmal die konservative Partei hätte einen solchen Haushalt vorzuschlagen gewagt wie Cripps.<sup>22</sup> Allerdings stand Cripps' Politik im Kontext des beginnenden Kalten Krieges. Auf grundlegende Änderungen des ökonomischen Systems

in anderen westeuropäischen Staaten konnte Cripps nicht hoffen; zugleich führte die diktatorische Struktur der Sowjetunion eindrucksvoll vor Augen, dass eine Politik des Sozialismus in einem Land – gerade in einer Situation ökonomischer Schwäche – nicht gelingen kann, ohne dass dieses Land diktatorisch statt demokratisch regiert wird.<sup>23</sup>

Gegenwärtig dominiert die Auffassung, die Nichtrückzahlung von Staatsschulden wäre ebenso wenig politisch umsetzbar wie ein erster Schritt in Richtung einer langfristigen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung. Unter diesen Prämissen hätte Cripps' Politik, um weitere Maßnahmen ergänzt, in einigen Aspekten in der gegenwärtigen Krise als Vorbild gewählt werden können.

Selbstverständlich gibt es Unterschiede zwischen den wirtschaftlichen Krisen im Vereinigten Königreich der 40er Jahre und im Europa der Gegenwart. In der erstgenannten suchte Cripps das fordistische Wirtschaftsmodell in der Krise zu sichern, die gegenwärtige Krise hingegen steht im Kontext des Neoliberalismus. Ein Zurück zu dem Lohnniveau, den Beschäftigungsverhältnissen und dem Sozialstaatsmodell der Nachkriegsära gibt es nicht, denn dazu bedürfte es einer kapitalistischen Hochkonjunktur. Im Übrigen wäre ein Zurück kaum wünschenswert, da der Wohlstand in Europa mit Armut und Ausbeutung andernorts erkaufte wäre.

Doch im Kern, und das zeigt das Beispiel des Vereinigten Königreichs, ist die gegenwärtige „Krisenpolitik“ nicht „alternativlos“. Zugleich würde eine alternative Politik eine langfristige Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung offen halten, wie auch Cripps sie anstrebte.<sup>24</sup> Das historische Gegenbeispiel ist der deutsche Kanzler Brüning. Er war in den 30er Jahren mit einer ähnlichen Lage konfrontiert wie Cripps in den 40ern, doch reagierte mit anderen Mitteln: Er senkte durch Notverordnung Löhne und Gehälter, kürzte das Arbeitslosengeld auf ein Niveau unterhalb des Existenzminimums und reduzierte die Bezugsdauer auf sechs Wochen, trotz großer Demonstrationen. Kapitalverkehrssteuern wurden hingegen reduziert.<sup>25</sup> Die Folgen sind bekannt.

<sup>14</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/bef2009/speakers/mario-monti/index.html](http://ec.europa.eu/economy_finance/bef2009/speakers/mario-monti/index.html), <http://www.independent.co.uk/news/business/analysis-and-features/what-price-the-new-democracy-goldman-sachs-conquers-europe-6264091.html>.

<sup>15</sup> Bernd Ulrich, Mehr Staat mit weniger Geld!, Die ZEIT 32/2011 vom 04.08.2011, 3.

<sup>16</sup> Keith Robbins, Stafford Cripps, in: Kevin Jefferys (Hrsg.), Labour Forces. From Ernest Bevin to Gordon Brown, 2002, 77; Colin Cooke, The Life of Richard Stafford Cripps, 1957, 384.

<sup>17</sup> House of Commons Debate, 12.02.1948, Hansard Bd. 447, 579 (592, 597), <http://hansard.millbanksystems.com/commons/1948/feb/12/personal-incomes-costs-and-prices>.

<sup>18</sup> Ebenda 579 (596).

<sup>19</sup> Colin Cooke (Fn. 16), 383.

<sup>20</sup> Hansard (Fn. 17), 579 (594).

<sup>21</sup> Ebenda 579 (598).

<sup>22</sup> Keith Robbins (Fn. 16), 77; Colin Cooke (Fn. 16), 385.

<sup>23</sup> Vgl. Eagleton, 17.

<sup>24</sup> Vgl. Colin Cooke (Fn. 16), 387.

<sup>25</sup> Heinrich Knoche, Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen Brüning, Papen, Schleicher und Hitler in den Jahren der Weltwirtschaftskrise von 1928/30 - 1934, 1989, 68, 87, 90 f.

**Die Entscheidung**

Zu Beginn der gegenwärtigen Krise stand Europa erneut vor der Entscheidung, welchen Weg es gehen wollte, und seine führenden PolitikerInnen haben sich für die Austeritätspolitik im Stil Salazars und Brünnings entschieden. Der Grund dafür ist nicht, dass Alternativen strukturell unmöglich wären. Gewiss ist demokratischer Sozialismus nicht im institutionellen Rahmen der EU zu erreichen, eine sozialdemokratische, linkskeynesianische Politik aber durchaus. Die Austeritätspolitik wird dennoch so hartnäckig verfolgt, weil sie nicht primär der Schuldentrückzahlung dient. Dies zeigt sich am Beispiel Griechenlands, wo die Staatsverschuldung seit Beginn der „Sparmaßnahmen“ erheblich angestiegen ist.<sup>26</sup> Neoliberale Politik dient im Wesentlichen nur zwei Zielen. Das erste, nach außen kommunizierte Ziel ist die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eines Staates. Dabei werden nicht die Staatsschulden verringert, sondern die Schuldenquote, das heißt das Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Staatsschulden.<sup>27</sup> Steigt das BIP, sinkt die Quote. Es gilt, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, also etwa die Rückzahlung fälliger Staatsanleihen nicht über Unternehmens- und Vermögenssteuern zu decken. Stattdessen wird das übliche neoliberale Programm aus Kürzung von Sozialleistungen, Erhöhung der Lohnsteuer und der indirekten Steuern sowie Privatisierung öffentlicher Einrichtungen durchgesetzt. Das zweite, bereits erwähnte Ziel neoliberaler Politik ist die Umverteilung von unten nach oben, die mittels dieser Maßnahmen erreicht wird.<sup>28</sup>

Es besteht deshalb wenig Anlass zur Annahme, dass das europaweite Austeritätsprogramm durch eine mit Demokratie und Sozial-

staatlichkeit etwas besser vereinbare Politik ersetzt werden wird. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse sind gegenwärtig andere als in der Nachkriegszeit. Zu hoffen bleibt dennoch, dass der eingeschlagene Weg kein Weg ohne Umkehr sein wird. Eine Veränderung des öffentlichen Bewusstseins und breiter Widerstand, auch und gerade in Deutschland, können dies bewirken.

**Tinmar Sell ist Rechtsreferendar und lebt in Hamburg.**

Weiterführende Literatur:

**David Harvey**, A Brief History of Neoliberalism, 2005.

**Gerhard Stapelfeldt**, Ökonomischer Völkermord – Die Durchsetzung von Neoliberalismus und Monetarismus in Peru (1975-2000) und Chile (1973-1990), in: Gerhard Stapelfeldt, Neoliberalismus – Autoritarismus – Strukturelle Gewalt. Aufsätze und Vorträge zur Kritik der ökonomischen Rationalität, 2010, 347.

**Terry Eagleton**, Why Marx Was Right, 2011.

<sup>26</sup> [Http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland.](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland/)

<sup>27</sup> Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Ist die ganze Welt bald pleite?, 2011, Argument Nr. 5.

<sup>28</sup> David Harvey 2005, 16 f., 19 f.

Anzeige



## Neue Richtervereinigung

Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e. V.

Die Neue Richtervereinigung (NRV) ist seit mehr als 25 Jahren der gesellschaftskritische Berufsverband für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte; auch **Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare** und andere Personen können Mitglieder sein.

Die NRV fühlt sich dem Rechtsstaat und den darin lebenden Bürgerinnen und Bürgern als eigentlichem Souverän verpflichtet. Sie versteht Rechtsstaatlichkeit als Basis einer demokratisch und sozial organisierten Gesellschaft, die sich ihrer globalen und ökologischen Verantwortung bewusst ist.

Die NRV will die Grund- und Menschenrechte stärken. Sie kämpft für die Freiheit aller Menschen, die Gleichberechtigung der Geschlechter und den Abbau überflüssiger Machtstrukturen. Sie fordert Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Fairness mit besonderem Blick auf Schwache und auf Minderheiten. Sie setzt sich ein für Gerechtigkeit und Sicherheit, gegen Krieg und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.



Unter den herrschenden Bedingungen tritt die NRV ein für

- transparente und demokratische Entscheidungsprozesse in der Justizverwaltung sowie echte Chancengleichheit,
- eine die Vielfalt der gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegelnde Personalpolitik,
- Arbeitsbedingungen, die auch in aufwändigeren Verfahren eine umfassende Bearbeitung frei von äußerem Druck erlauben, um den an die Justiz gestellten hohen Anforderungen gerecht zu werden,
- eine umfassende (über-)fachliche Aus- und Weiterbildung, ausgerichtet am Bild einer kritischen Richter- und Staatsanwaltschaft

Die NRV will die Judikative als eigenständige Dritte Gewalt im Staat neu organisieren und stärken. Sie fordert, die Justiz aus der obrigkeitstaatlichen Abhängigkeit von der Exekutive zu befreien. Die Rechtssprechende Gewalt darf nicht mehr den Justizministerien unterstehen, sondern hat ihre legitimatorische Rückbindung allein durch das Parlament zu erfahren. Die an den Karriereinteressen Einzelner ausgerichteten hierarchischen Strukturen sind im Interesse einer inneren Demokratisierung der Justiz aufzulösen.

Weitere Informationen auch zu aktuellen Themen finden Sie unter **[www.neuerichter.de](http://www.neuerichter.de)**, in der Zeitschrift *Betrifft Justiz* unter [www.betrifftjustiz.de](http://www.betrifftjustiz.de), für den Richterratschlag unter [www.richterratschlag.de](http://www.richterratschlag.de) oder für den Sozialrichterratschlag unter [www.sozialrichterratschlag.org](http://www.sozialrichterratschlag.org). Auch am jährlich erscheinenden alternativen Verfassungsschutzbericht, dem Grundrechte-Report, der die Verstöße des Staates gegen die Grundrechte aufzeichnet, ist die NRV beteiligt.

Fragen beantworten gerne:

Martin Wenning-Morgenthaler (*Sprecher des Bundesvorstandes*): Tel.: 0177 / 201 70 65 oder [M.Wenning-Morgenthaler@neuerichter.de](mailto:M.Wenning-Morgenthaler@neuerichter.de)  
Martina Reeßing (*Bundesbüro*), Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, [bb@neuerichter.de](mailto:bb@neuerichter.de)